

**An den Landeshauptmann Dr. Arno Kompatscher
an die Mitglieder der Südtiroler Landesregierung
an den Präsidenten des Südtiroler Landtages Thomas Widmann
an die Bürgermeister der Gemeinden in Südtirol
an den Landesbeirat für Kommunikationswesen
an die Medien in Südtirol
und z. K. an die Staatsanwaltschaft Bozen**

**Aufforderung zur Einhaltung der „par condicio“ im Zusammenhang mit der
bevorstehenden Volksbefragung am 12.06.2016
betreffend den Landesgesetzentwurf Nr.60/2015
„Bestimmungen zum Flughafen Bozen“**

Vorausgesetzt, dass auf Initiative des Landeshauptmannes Arno Kompatscher der Gesetzentwurf Nr. 60/2015 „Bestimmungen zum Flughafen Bozen“ im Landtag eingebracht wurde und daraufhin für diesen Gesetzentwurf am 4. Dezember 2015 vom Landtag eine beratende Volksbefragung beschlossen wurde, weisen wir erneut darauf hin, dass die geltenden „*par condicio*“ Bestimmungen (Art. 9 Gesetz Nr. 28/2000, Art. 98 des Einheitstextes der Wahlgesetze Nr. 361/1957, Art. 51 des Gesetzes Nr. 352/1970 und Beschluss vom 24. Februar 2014 Nr. 98/14/CONS) **die Verbreitung von tendenziösen Informationen** zur Beeinflussung des Wahlverhaltens der Bürgerinnen und Bürger von Seiten der Regierungsverantwortlichen (Landeshauptmann, Landesräte, Landtagspräsident, Bürgermeister, Gemeindeausschüsse, Stadträte und Referenten) innerhalb des Wahlpropagandamonats vor einer Volksabstimmung untersagen.

Wir stellen im selben Zusammenhang fest, dass entgegen dem Prinzip der Gleichberechtigung (*par condicio*) auf der Webseite der Autonomen Provinz Bozen einseitige und tendenziöse Werbung betrieben und dafür öffentliche Gelder eingesetzt werden ([siehe http://www.provinz.bz.it/flughafen/](http://www.provinz.bz.it/flughafen/)).

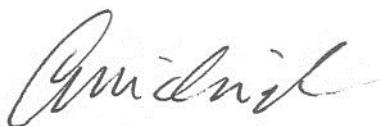
Eine **neutrale Haltung** seitens der Regierungsverantwortlichen im Vorfeld der Volksbefragung ist unabdingbar, damit eine gleichberechtigte Information gewährleistet ist. Zu unterlassen sind spekulative Aussagen über die Zukunft des Flughafens im Falle einer Ablehnung des Gesetzentwurfes, wie z.B., dass dem Land jegliche Zuständigkeit über den Flughafen genommen würde.

Es versteht sich von selbst, dass institutionelle Interventionen tendenziöser Art – von Seiten des Landeshauptmannes, des Landtagspräsidenten und der Bürgermeister, der Landesregierung, der Gemeindeausschüsse, und einzelner Referenten – sowohl das obengenannte Gesetz als auch das Wahlgesetz verletzen, worin folgende Regel festgeschrieben ist: "*Il pubblico ufficiale, l'incaricato di un pubblico servizio, l'esercente di un servizio di pubblica necessità, il ministro di qualsiasi culto, chiunque investito di un pubblico potere o funzione civile o militare, abusando delle proprie attribuzioni e nell'esercizio di esse, si adopera a costringere gli elettori a firmare una dichiarazione di presentazione di candidati od a **vincolare i suffragi degli elettori a favore od in pregiudizio di determinate liste o di determinati candidati o ad indurli all'astensione**, è punito con la reclusione da sei mesi a tre anni e con la multa da lire 600.000 a lire 4.000.000*" (Art. 98 Einheitstext Nr. 361/1957). Die von diesem Gesetz für seine Mißachtung vorgesehenen Strafen gelten auch, gemäß Art. 51 des Gesetzes Nr. 352/1970, im Zusammenhang mit Volksabstimmungen.

Wir stellen fest, dass die neuen Regierungsverantwortlichen in unserem Land Anlass zur Hoffnung gegeben haben auf eine politische Kultur der Korrektheit, des Respektes der öffentlichen Beziehungen, und schließlich auf eine partizipative Demokratie. Nichtsdestotrotz erscheint es angebracht, noch einmal die Aufmerksamkeit auf die „*par conditio*“ Bestimmungen zu lenken, zumal derzeit, wie oben erwähnt, **unverhältnismäßig und vehement** – und somit gesetzwidrig - seitens der Regierungsverantwortlichen für eine Genehmigung des Gesetzentwurfes Nr. 60/2015 „Bestimmungen zum Flughafen Bozen“ geworben wird.

Die Staatsanwaltschaft, die dieses Schreiben z.K. liest, ersuchen wir höflich die gegenständliche Aufforderung zu prüfen und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zur Einhaltung der genannten Bestimmungen zu treffen.

Der Vorsitzende der Initiative für mehr Demokratie



Dr. Erwin Demichiel



Koordinierungsbüro:
Silbergasse 15, 39100 Bozen
Tel. +39 0471 324987
E-Mail: info@dirdemdi.org
Webseite: www.dirdemdi.org